

Bernhard Schmitt  
Hauptstraße 15  
67808 Weitersweiler  
Tel.06357-989202

Weitersweiler, 12.08.2012

**Offener Brief an  
die Mandatsträger der Verbandsgemeinde Göllheim  
Institutionen und Seelsorger der Kirchengemeinden  
an alle, die im Bildungsbereich und im  
öffentlichen Leben Verantwortung tragen**

**Thema: Fachliche Abhandlung und Bewertung der Umweltwirkungen durch den  
Betrieb von Biogasanlagen und deren Beurteilung als Beitrag zur Energiewende.**

Die Ausführungen erfolgen auf Basis der wissenschaftlichen Forschung, der profunden Agrar-Fachpresse, der ökonomischen und ökologischen Fachliteratur. Eingeflossen sind die Ergebnisse aus Fachgesprächen mit Landwirten und Wissenschaftlern, die ich u.a. im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit deutschlandweit führen konnte.

Auch gesellschaftspolitische Aspekte müssen beim Thema Biogas ins Blickfeld rücken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den nächsten Wochen beraten und entscheidet der Gemeinderat Göllheim über das Bauvorhaben „Energiepark Göllheim“. Falls das „Herzstück Biogasanlage“ gebaut wird, ist auch die Lebensqualität der Einwohner von Weitersweiler hiervon nachteilig betroffen.

Mit diesem Schreiben will ich Ihnen fachlich fundierte Informationen zum Thema „Biogasanlagen“ anhand geben, die Sie bitte als Hilfe bei der Entscheidungsfindung und der Diskussion der Thematik im öffentlichen Raum betrachten wollen.

Als Mitglied der POLLICHIA und der Bürgerinitiative „Durchblick!“- Energiewende, aber richtig ! lehne auch ich den Bau der mit nachwachsenden Feldfrüchten (Nawaro) betriebenen Biogasanlage ab. Biogasanlagen in Verbindung mit größeren Tierbeständen und deren Nebenprodukte für die Substratlieferung, können einen sinnvollen Beitrag zur Energiegewinnung leisten.

Unter dem Gebot der nachhaltigen Wirtschaftsweise<sup>1</sup> und bei Abwägung aller Argumente unter Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse, ist die Verwendung von Biomasse aus Feldfrüchten (Nawaro) für die Erzeugung von erneuerbarer Energie abzulehnen.

---

<sup>1</sup> Brundtland-Bericht der UNO 1987

Diese Art der Energieerzeugung ist **ökologisch** und **ökonomisch** eine Fehlentwicklung, weil die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und die Biodiversität massiv gefährdet ist und das Ziel der Reduzierung von Treibhausgasen mit der Produktion von Biomasse nicht erreicht wird.<sup>2</sup>

1. Im östlichen und südöstlichen Donnersbergkreis wird quasi eine viehlose Ackerbau-Landwirtschaft betrieben. Auf den Feldern stehen Getreide (meist Wintergetreide) und Zuckerrüben. Grünland und Feldfutterbau (Feldgras und Klee) kommen selten vor. Bei Realisierung der geplanten Biogasanlage kommt in diese monotone Fruchtfolge noch der Mais, also eine dritte Monokultur. (Fruchtfolge = zeitliche Aufeinanderfolge der einzelnen Kulturpflanzen auf dem selben Feld, unter Berücksichtigung von pflanzenbaulichen und phytopathologischen Aspekten, zur Sicherung der Bodenfruchtbarkeit).

Wissenschaftlich unstrittig ist, dass Monokulturen die Bodenfruchtbarkeit schädigen. Es kommt insbesondere zur Minderung des Humusgehalt in der Ackerkrume, denn Mais und Zuckerrüben sind starke Humuszehrer. Die Bodenfruchtbarkeit nimmt stetig ab, da in Biogasfruchtfolgen die ganze Pflanze geerntet wird und fast keine Pflanzenreste, z.B. Stroh, auf den Feldern verbleiben. Die sind aber für die Erhaltung der Bodenfunktion dringend notwendig.

Monokulturen führen zur Verbreitung von Pflanzenkrankheiten, Schädlingen und hier im Besonderen zu den für die menschliche Nahrungskette gefährlichen Fusarien, die Mykotoxine bilden.<sup>3</sup>

Eine Anreicherung dieser für die menschliche Ernährung höchst gefährlichen Stoffe ist seit Jahren festgestellt und in Folge müssen Getreidemühlen kontaminierte Partien aufmischen. Dies gilt auch für Tierfuttermittel, weil Fusarien-Toxine für erhebliche Gesundheitsstörungen im Nutztierbereich verantwortlich sind.

2. Die Ernte von Mais und Zuckerrüben erfolgt im Herbst, oftmals bei zu hoher Bodenfeuchte. Auch die Gärreste werden mit schweren Fahrzeugen ausgebracht. Dadurch entstehen starke Bodenverdichtungen, die sich bei den sehr großen und schweren Maschinen auch nicht durch breite Reifen mindern lassen. Die Schäden an Feldwegen und Straßen, verursacht durch die Massentransporte mit sehr schweren Fahrzeugen, sind außerdem einer ökonomischen Betrachtung wert. Infolge von Bodenverdichtung und Humusverlust tritt verstärkte Bodenerosion auf. „Die Böden sind unsere wichtigste Ressource. Als wesentlicher Flächennutzer hat die Landwirtschaft eine große Bedeutung für die Erhaltung der Böden und ihrer Funktionen. Doch was liegt im Eigeninteresse der Betriebe und wann beginnt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung?“<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> aktuelle Studie Nationalakademie Leopoldina

<sup>3</sup> Neue Landwirtschaft Das Fachmagazin für den Agrarmanager. „Übergewicht hat Folgen. Zu hohe Anbaukonzentrationen und ungeeignete Vorfruchtwahl sind die eigentlichen Ursachen für Krankheiten und Schädlinge“

Deutscher Landwirtschaftsverlag Berlin Ausgabe 5/2003, Seite 40-43

<sup>4</sup> Mitteilungen Deutsche-Landwirtschafts-Gesellschaft, Frankfurt/M,  
DLG-Mitteilungen 7/2011, S. 14 – 21

3. Ökologisch ist diese Art der Landnutzung der Supergau für unsere Kulturlandschaft und die Lebensräume von Pflanzen und Tieren. Die Artenvielfalt ist davon massiv

bedroht und wird weiter abnehmen! Der Lebensraum für dort heimische Vogelarten, Niederwild und wertvolle Wildpflanzen wird mit dem großflächigen Maisanbau weiter eingeschränkt. Im Versorgungsradius der „Biogasanlage“ wird eine hochindustrialisierte Biomasse-Produktion etabliert – eine monotone Agrar-landschaft aus Mais, Zuckerrüben, Getreide und etwas Hirse, die mit einer auf Umweltverträglichkeit und Artenschutz zielenden Landwirtschaft nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.<sup>5</sup>

„Was dem Klimaschutz dienen soll schadet dem Artenschutz“

„In einer Studie für das Bundesumweltministerium haben die Biologinnen Petra Bernardy und Christa Dziwiaty die Auswirkungen von Biogasanlagen auf die Arten der Agrarlandschaften untersucht. Das klare Ergebnis: Allen geht es schlecht im knallhart auf Ertrag getrimmten Energiemaisanbau. So wird Beikraut totgespritzt, weil es den Mais beim Wachsen stören könnte. Dabei ist es als Sichtschutz für die Nester von Bodenbrütern wie Ortolan, Braunkehlchen, Schafstelze, .... unerlässlich Ohne Deckung wird das Gelege von Raubvögeln oder Füchsen geplündert.“<sup>6</sup>

In diesem Zusammenhang muss die Frage gestellt werden, ob in der Planung der Biogasanlage Göllheim das Sondergutachten „Klimaschutz durch Biomasse“ des Sachverständigenrates für Umweltfragen Berücksichtigung gefunden hat? Die Wissenschaftler fordern zur Ökobilanzierung von Bioenergie eine umfassende Betrachtung der Ökobilanz, Lebenszyklusanalyse (LCA) der Biomasse, in die sämtliche Produktionsprozesse und die dabei entstehenden Emissionen und Umweltbelastungen einbezogen werden. Sie kritisieren in diesem Zusammenhang die besonders umweltschädigenden Qualitäten neuartiger Anbauformen und verweisen auf die Zunahme von risikoreichen, umweltgefährdenden Kulturen wie z.B. Raps oder Mais auf Kosten umweltfreundlicherer Anbauformen. Inzwischen werden sogar für die Kohlenstoffdioxid - Speicherung wichtige Vegetationen wie Grünland und Wald für die Erzeugung erneuerbarer Energien vernichtet. Dabei ist in Deutschland und Europa die Landwirtschaft wichtiger Verursacher von Beeinträchtigungen von Boden, Wasser, Arten und Biotopen. Außerdem auch noch Haupt-Emittent für die Treibhausgase Kohlenstoffdioxid, Methan und Lachgas.

Die ethische Seite der Energieerzeugung aus Nahrungsmittel ist eine Frage die auch bedacht werden muss. Handelt es sich bei der Biomasseproduktion doch auch um Produkte die man als Tierfutter verwenden kann, bzw. um Flächennutzung aus der Nahrungsmittelproduktion. Während wir gleichzeitig über Importe von „Bio-Energie“, von Futter- und Nahrungsmitteln, Flächen in Ländern der dritten Welt in Anspruch nehmen, die diese Flächen dringend für die Ernährung der eigenen Bevölkerung benötigen.

---

<sup>5</sup> Sigmar Ohliger, POLLICHIA Kurier Heft 1 Jan.-März 2011, S. 33-34.

<sup>6</sup> POLLICHIA Kurier, Heft 4 Okt.-Dez. 2010 Dr. Hans Schuh, Nachdruck aus DIE ZEIT, S. 40, 2.9.2010

4. Seit Jahren steigende Agrarpreise mit anhaltendem Trend, in Verbindung mit auf 20 Jahre gleichbleibenden Vergütungssätzen gemäß EEG führen zu einem aktuell schwer kalkulierbaren Risiko für die Biomasseproduktion weil sich der Anbau von

Nahrungsmitteln für die Landwirte als weit lohnender erweist als der Anbau von energetisch verwertbaren Rohstoffe mit langfristig bindenden Verträgen an den Betreiber der Anlage. Der aus dieser Konstellation entstehende wirtschaftliche Zwang Höchstserträge (t/ha) produzieren zu müssen, lässt die Hemmschwelle beim Einsatz von Dünger und Pestiziden sinken. Die Artenverluste werden sich noch verstärken. Weil keine Nahrungsmittel sondern Energiepflanzen auf den Feldern angebaut werden greifen hier die Kontrollmechanismen aus der Nahrungsmittelproduktion nicht. Über kurze Zeit wird es vermutlich auch zur Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen für die Biomasseproduktion kommen (s. hierzu auch<sup>7)</sup>.

5. Im Gärrest sind alle Rückstände von Substanzen enthalten, die zuvor auf dem Acker ausgebracht wurden. Die Gärreste haben einen hohen pH-Wert, i.d.R. > 8, hieraus resultiert die Gefahr von hohen Ammoniak-Verlusten bei ihrer Lagerung und Ausbringung. Außerdem emittieren Biogasanlagen die z. T. hochgiftigen Gase Schwefelwasserstoff, Schwefeldioxid, Methan, Lachgas und Kohlenstoffdioxid. Die Folgen für unsere Trinkwasserversorgung, den Artenschutz und viele weitere Lebensbereiche werden für unsere Gesellschaft gravierend sein. Was sich inzwischen in anderen Regionen Deutschlands mit entsprechender Dichte an „Biogasanlagen“ bestätigt. Diese Fehler müssen wir in der Verbandsgemeinde Göllheim nicht kopieren.

Welche Alternativen stehen uns für den Klimaschutz und den Umstieg auf die erneuerbaren Energieformen zur Verfügung?

Folgt man den Studien der deutschen Umweltverbänden, so muss die Zielrichtung ganz klar eine Förderung des ökologischen Landbau sein.

Diese Erkenntnis sichert sowohl den ökonomischen als auch den ökologischen Bereich.

Hierzu liefert u.a. das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: folgende Argumente und Fakten zu „Ökolandbau fördern – steigende Nachfrage decken“:<sup>8</sup>

„Der Biolandbau muss stärker gefördert und bestehende Hindernisse müssen beseitigt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht spricht für den Biolandbau, dass er Folgekosten von Umweltschäden vermeidet und rund 30 Prozent mehr Arbeitskräfte als konventionelle Vergleichsbetriebe beschäftigt.“ Die agrarindustrielle Landwirtschaft vernichtet viele Arbeitsplätze, denn Kapital und Großmaschinen ersetzen hier menschliche Arbeitskraft.

---

<sup>7</sup> Deutsche-Landwirtschafts-Gesellschaft Frankfurt/M, DLG-Forum  
„Rohstoffpreise: Gefährliche Entwicklung für bestehende Biogasanlagen“

<sup>8</sup> DIE KLIMA-ALLIANZ, Berlin , 2009, S. 9

Hierdurch wird sich die soziokulturelle Struktur des ländlichen Raumes nachhaltig verändern,

„...ein unerbittlicher Konkurrenzkampf um Anbau und Düngeflächen mit Tierhaltungsbetrieben wird schnell auch die Wirtschaftlichkeit der Nawaro-Erzeugung

beenden... im Trend liegen Großprojekte und damit fließt zunehmend außerlandwirtschaftliches Kapital in erheblichem Umfang in die ländlichen Regionen und verdrängt dort den Einfluss traditioneller landwirtschaftlicher Betriebe.“<sup>9</sup>

Der großflächige Anbau von hochwachsenden Energiepflanzen zerstört für die Dorfbewohner ein Stück Heimat, denn Kulturlandschaft, die wir für ein gutes Lebensgefühl brauchen, lebt von der Vielfalt der Kulturen. Mit der Lebensqualität mindert sich der Wohnwert, es schwindet auch die Bindung zum Wohnort.

Politische Entscheidungen haben die Sachlage inzwischen grundlegend verändert und mit der Energiewende erfolgt auch parallel eine Abkehr vom bäuerlichen Familienbetrieb hin zum Agro-Unternehmer, bzw. zur Agrarindustrie. Beleg dafür sind die verstärkte Aufmerksamkeit der Börsen für Agrarprodukte und die zunehmende Abwanderung von Boden aus bäuerlicher Hand und Kleinbesitz in Bodenfonds und Aktiengesellschaften. Hierzu haben „Handelsblatt“ und „Wirtschaftswoche“ in mehreren Beiträgen berichtet.

Eine neue Haltung zur bisherigen Biogas-Förderpraxis nach EEG, belegt die Aussage des am 27. Juni 2012 gewählten neuen Präsidenten Joachim Rukwied und Vorsitzender des Deutschen Bauernverbands. Er fordert von Bundesregierung bei der Umsetzung der Energiewende mehr Rücksicht auf die Landwirte. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sei dringend nachzubessern, um eine Überförderung von Biogas-Großanlagen abzubauen.

„Eine Förderung des Ökolandbau hätte außerdem positive Folgen für die heimische Landwirtschaft und das Klima. Die Nachfrage nach Bioprodukten im Lebensmittelhandel ist groß und kann aus heimischer Erzeugung nur zu 40 Prozent gedeckt werden. Weil der Ökolandbau auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel verzichtet und ökologisch bewirtschaftete Böden eine höhere Kohlenstoffdioxid-Bindefähigkeit haben, weist er pro Kilogramm erzeugtem Getreide etwa 60 Prozent geringere Treibhausgasemissionen auf als die konventionelle Produktion“

## Fazit

Als Entscheidungshilfe für die Politik –auch für die Kommunalebene Gemeinderat, sollte die aktuelle Studie der **Nationalakademie Leopoldina** (Akademie der Wissenschaften) und deren Empfehlung Leitlinie sein.

Die Wissenschaftler der Akademie halten den Bioenergiesektor in Deutschland für eine Fehlentwicklung. Sie haben im Rahmen einer Lebenszyklusanalyse die Umweltrisiken beim großflächigen Anbau von Energiepflanzen untersucht und haben eine vermeintliche „Klimaneutralität“ der grünen Energie festgestellt.

---

<sup>9</sup>Deutsche-Landwirtschafts-Gesellschaft Frankfurt/M  
DLG-Nachrichten Nr. 10/2011

Die Wissenschaftler der Nationalakademie wissen in dieser Frage auch führende Wirtschaftsfachleute an ihrer Seite und haben sich von den vehementen Befürwortern nicht blenden lassen. In den Empfehlungen zur Verwendung von Biomasse als Energiequelle heißt es u.a.

„Die Förderung von Bioenergie sollte sich auf Formen beschränken, die weder zur Verknappung von Nahrungsmitteln führen noch deren Preise durch Wettbewerb um Land und Wasser in die Höhe treiben. Darüber hinaus sollten diese Formen von Bioenergie keinen größeren Einfluss auf Ökosysteme und Biodiversität haben, und eine substantiell bessere Treibhausgas-Bilanz aufweisen als die fossile Energie, die sie ersetzen. Auch gilt es, die gesamte Breite der wertvollen Dienste zu respektieren, die Ökosysteme für die Öffentlichkeit leisten. Bei Importen von Biomasse oder Biomasseprodukten sind auch diese Aspekte zu berücksichtigen, da Importe das Problem nicht beheben, sondern in andere Länder tragen.“<sup>2</sup>

Daher bitte ich die Mitglieder im Gemeinderat Göllheim, sich für die Interessen der Einwohner zu verwenden und alles in ihren Möglichkeiten stehende zu unternehmen, dass die Bevölkerung umfassend und Objektiv informiert wird, sowohl in Göllheim als auch in den Gemeinden, die Ver- und Entsorgungsradius der Biogasanlage liegen und wir gemeinsam den Bau der Biogasanlage Göllheim verhindern.

Bedenken Sie bei ihrer Entscheidung: Mit dem Bau der Biogasanlage –

werden 1000 Hektar wertvolles Ackerland der Erzeugung von Nahrungsmitteln entzogen,

Lebensmittel-/Futtermittel und Pachtpreise werden steigen, die Erlöse der Gemeinde aus Jagdpacht eventuell gegen Null gehen,

vermehrter Einsatz von Düngern und Pestiziden mindern die Luft- und Trinkwasserqualität und wertvolle Lebensräume für Wildpflanzen und Tiere sind zerstört,

pro Jahr müssen für die Ver- und Entsorgung der Anlage 90.000 Tonnen Material durch unsere Dörfer rollen, die Lebensqualität und der Wert der Wohnungen wird dauerhaft gemindert, u.a. durch Lärm, Abgase und verschmutzte Straßen.

Bedenken Sie ob, die Politik nach intensiver Planung und Konzeption, die Energiewende nicht besser mit Windkraft, Solarenergie und Geothermie gestalten kann.

Als Ratsmitglieder entscheiden Sie hier nicht nur für oder gegen die Biogasanlage“. Sie entscheiden darüber ob eine solch weitreichende und für unser aller Lebensumfeld folgeträchtige Weichenstellung, an den Bürgern/innen vorbei beschlossen wird. Der Gemeinderat als die den Bürgern/innen am nächsten stehende politische Instanz hat hier die Möglichkeit den Weg für einen demokratischen Prozess, eine bürgernahe und mehrheitliche Bewertung zu ermöglichen.

**Gegen die Grundprinzipien unserer demokratischen Verfassung gibt es keine Argumente**

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Schmitt